

SoVD fordert Hitzeaktionspläne / Kommunen und Land müssen schneller werden

Todesfälle vermeiden

Mehr als 4.500 Menschen sind laut Robert-Koch-Institut in Deutschland im vergangenen Jahr aufgrund großer Hitze gestorben. Erste Wetterprognosen zeigen: In den Sommermonaten 2023 dürfte sich dieser Trend fortsetzen. Aus Sicht des SoVD in Niedersachsen ließe sich das jedoch vermeiden – etwa durch entsprechende Hitzeaktionspläne, mit denen besonders betroffene Menschen geschützt werden können. In Niedersachsens Städten und Gemeinden gibt es jedoch bislang kaum entsprechende Strategien.

In Deutschland kämpfen Menschen vermehrt mit zunehmender Hitze. Besonders gefährdet sind dabei Ältere und Pflegebedürftige sowie Kinder und wohnungslose Personen. Auch Menschen mit geringem Einkommen leiden häufiger unter der Hitze, da sie oft in schlecht isolierten Wohnungen leben. „Bereits vor drei Jahren hat die Konferenz der Gesundheitsminister*innen darauf hingewiesen, dass Städte

und Gemeinden Hitzeaktionspläne entwickeln müssen, um ihre Bürger*innen zu schützen. In Niedersachsen ist allerdings kaum etwas passiert“, sagt Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Das müsse sich dringend ändern.

„Die Erstellung dieser Pläne muss endlich Fahrt aufnehmen. Das Wetter wartet nicht, bis wir soweit sind. Wir müssen die Risiken für die Betroffenen un-

bedingt minimieren“, so Sackarendt weiter. Es könne nicht sein, dass es in Niedersachsen noch keine fertigen Strategien gebe. „Hitzebedingte Todesfälle sind definitiv vermeidbar – wenn die Kommunen und das Land jetzt handeln“, betont der niedersächsische SoVD-Chef.

Niedersachsens größter Sozialverband fordert dabei nicht nur ein Konzept, das Informationen zur Vermeidung von Hitzebelastungen beinhaltet. „Das wäre viel zu kurz gegriffen. Hitze in Innenräumen muss durch bauliche Maßnahmen reduziert werden und das medizinische Personal entsprechend weitergebildet werden. Außerdem brauchen wir Maßnahmenpläne für Pflegeheime, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Schulen und Kitas“, fordert Sackarendt. Langfristig müsse es eine Stadtplanung geben, die für eine Reduzierung der Hitzebelastung sorgt.



Foto: Irina Belcikova

Bei anhaltender Hitze gehören Kinder zu den am stärksten gefährdeten Personengruppen.

Mit Eigenanteil Anspruch auf Rentenleistungen sichern

SoVD-Tipp für Schüler*innen mit Minijob

Viele Schüler*innen nutzen die Schulferien oder ihre Freizeit, um ihr Taschengeld mit einem Minijob aufzubessern. Geht ihre Anstellung über eine kurzfristige Beschäftigung hinaus, sollten sie unbedingt die Rentenversicherungspflicht in Erwägung ziehen und diese nicht vorschnell ablehnen.

Es ist möglich, sich als Arbeitnehmer*in davon befreien zu lassen. „Leider bestärken Arbeitgeber*innen junge Arbeitskräfte oft vorschnell darin, einen solchen Befreiungsantrag zu stellen. Informationen darüber, welche Vorteile eine Rentenversicherungspflicht im Minijob hat, bekommen die Jugendlichen häufig gar nicht“, kritisiert Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Schüler*innen zahlen einen Eigenanteil von 3,6 Prozent. „Bei 520 Euro sind das 18,72 Euro im Monat. Wir raten jungen Menschen, diesen Beitrag einzuzahlen, denn die Arbeit im Minijob wird bei den Versicherungszeiten für die Alters-, aber auch bei einer Erwerbsminderungsrente berücksich-

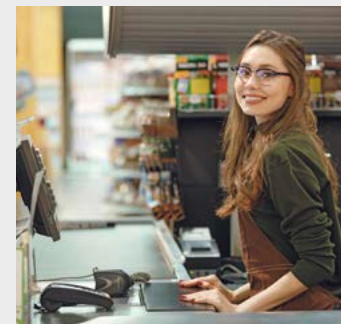


Foto: Drobot Dean / Adobe Stock

Auch im Minijob lohnt es sich, an die spätere Rente zu denken.

tigt und wirkt sich zudem positiv auf die Höhe der Rente aus. Außerdem ist die Beitragszeit für Rehabilitationsleistungen relevant“, so Lorenz.

Eine Beschäftigung gilt nicht mehr als kurzfristig, wenn innerhalb eines Kalenderjahres mehr als 90 Kalendertage beziehungsweise 70 Arbeitstage gearbeitet wird und ist dann grundsätzlich versicherungspflichtig. „Der Minijob muss nicht zwingend durchgängig ausgeübt werden. Bei mehreren kürzeren Beschäftigungen, zum Beispiel in verschiedenen Schulferien, werden die Zeiten addiert“, informiert Lorenz.

Trotz Beitragserhöhung bleiben Verbesserungen aus / Land muss wieder Investitionskosten übernehmen

SoVD fordert echte Entlastung für Pflegebedürftige

Zum 1. Juli dieses Jahres ist der Beitrag für die Pflegeversicherung gestiegen – dies trifft gerade Menschen mit geringem Einkommen und Rentner*innen besonders hart. Der SoVD in Niedersachsen kritisiert diese Anhebung, da aus seiner Sicht die entsprechenden verbesserten Leistungen für Pflegebedürftige ausbleiben. Der SoVD ruft die niedersächsische Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine echte Pflegereform starkzumachen und auch auf Landesebene für Entlastung zu sorgen.

Im Rahmen des sogenannten Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetzes steigen zum 1. Juli die Beiträge für die Pflegeversicherung von 3,05 auf 3,4 Prozent. Der SoVD kritisiert dies stark. „Durch die Anhebung wird die Sozialversicherung so teuer wie nie. Angesichts der derzeit hohen Lebenshaltungskosten ist das fatal“, sagt Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Denn: Besonders für Menschen mit geringem Einkommen und Rentner*innen ist die Erhöhung nur schwer zu stemmen. „Gerechter wäre es, wenn Menschen mit höherem Einkommen auch ihren finanziellen Möglichkeiten entsprechend mehr einzahlen“, betont Sackarendt. Besonders kritisch sehe er die Tatsache, dass zwar die Beiträge angehoben werden, das neue Gesetz im Gegenzug aber

nur unzureichende Entlastung für Pflegebedürftige bringe.

Deshalb appelliert Niedersachsens größter Sozialverband an die niedersächsische Landesregierung, ihren Teil zu einer echten Entlastung für die Betroffenen beizutragen. „Das geht zum Beispiel, indem sich das Land im Bundesrat für eine Reform einsetzt, die den Menschen auch wirklich weiterhilft“, so der niedersächsische SoVD-Chef. Obwohl Pflege eigentlich ein bundespolitisches Thema sei, habe die Landesregierung trotzdem eine wichtige Stellenschraube, an der sie drehen könne: „Für Betroffene in Pflegeheimen wäre es eine große Entlastung, wenn das Land wieder die Investitionskosten übernehmen würde und diese nicht mehr von den Pflegebedürftigen selbst gezahlt werden müssten.“ In die SoVD-Beratung

kommen laut Sackarendt immer mehr Menschen, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Pflege-

heimkosten zahlen sollen. „Hier muss die Landespolitik endlich tätig werden und nicht immer

die ganze Verantwortung an Berlin abschieben“, fordert der Landesvorsitzende.

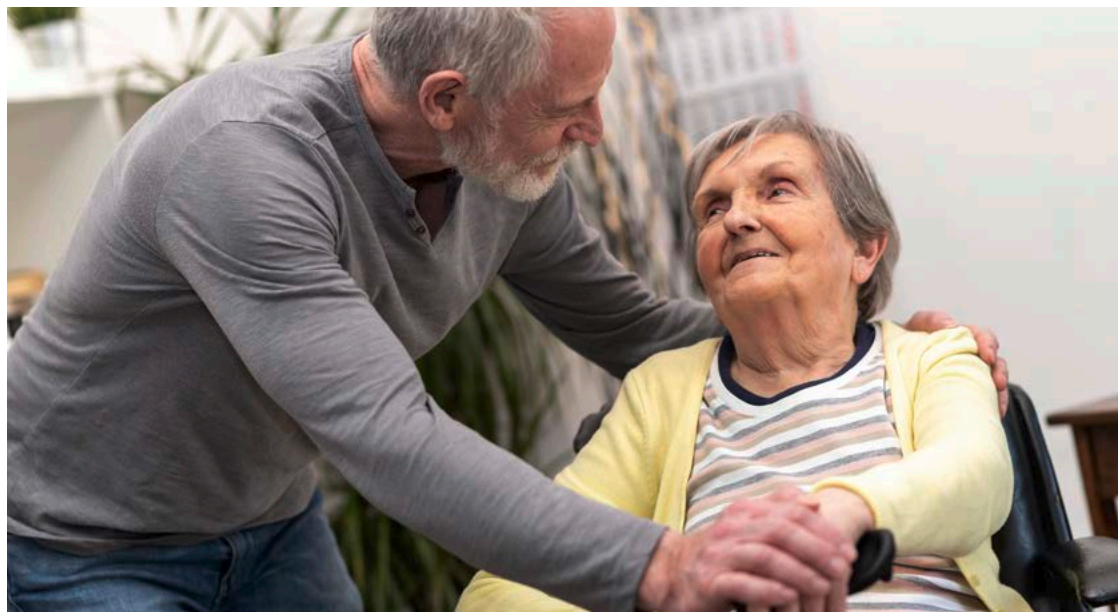


Foto: thodonal / Adobe Stock

Der SoVD kritisiert die allgemein gestiegenen Beiträge für die Pflegeversicherung. Aus Sicht des Verbands sollten Menschen mit hohem Einkommen entsprechend mehr in die Versicherung einzahlen.